

US-Raketenabwehrbasis und polnische Sicherheitsinteressen¹

Daria W. Dylla

Der Rücktritt des polnischen Verteidigungsministers Radosław Sikorski im Februar 2007 erfolgte zu einem nicht gerade unproblematischen Zeitpunkt in den amerikanisch-polnischen Beziehungen: Ab Mitte Februar sollten die seit 2002 mit unterschiedlicher Intensität durchgeführten „Klärungsgespräche“ zwischen Washington und Warschau in Bezug auf die Stationierung eines Teils des US-Raketenabwehrsystems *Ballistic Missile Defense* (BMD) – der unterirdischen Raketenabwehrbasis – auf polnischem Territorium in offizielle Verhandlungen münden (diese wurden letztendlich erst im Mai 2007 aufgenommen).

Die Schwächung der Verhandlungsposition Polens aufgrund des Rücktritts von Sikorski ist offenkundig und resultiert u. a. aus der Tatsache, dass Sikorski, der von 2002 bis 2005 Exekutivdirektor eines den US-amerikanischen Neokonservativen nahe stehenden Think-Tanks war, „ausgezeichnete Kontakte in Washington knüpfte, und dies nicht nur zu den Regierungskreisen, sondern auch zu dem politischen Establishment in der US-Hauptstadt“ (Charles Kupchan). Ferner war er „das einzige Mitglied der Regierungskoalition der Republik Polen, das sich in strategischen wie geopolitischen Fragen gut auskannte“ (Zbigniew Brzeziński).

Dass die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Kunst der zwischenstaatlichen Verhandlungen nicht hinreichend beherrscht, hat sie u. a. bereits im Jahr 2005 durch einen Vermerk in ihrem Regierungsprogramm bewiesen, wonach es im Interesse Polens liege, an dem US-Raketenabwehrsystem zu partizipieren. Eine solche Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums konnte darauf hindeuten, dass die polnische Regierung durch die Zustimmung zur Stationierung der US-Raketenbasis keine konkreten Gewinne anstrebt, sondern vielmehr die internationale Reputation des polnischen Staates durch die Manifestation der Loyalität bzw. Solidarität mit den USA ein weiteres Mal aufs Spiel setzt. Sikorski hingegen setzte auf einen harten Verhandlungsstil mit Washington, wohl wissend, dass die Vereinigten Staaten aufgrund finanzieller Vorteile und der geopolitischen wie geostrategischen Lage Polens ebenfalls ein starkes Interesse daran haben würden, die Abfangbasis auf polnischem Terrain aufzustellen.

Doch ein Umschwenken auf die „weiche“ Verhandlungsschiene, wie dies angeblich von dem polnischen Präsidenten Lech Kaczyński so sehr gewünscht wird, und was nun von den Amerikanern möglicherweise noch forciert wird, erscheint mittlerweile für die PiS-Regierung aus wahlpolitischen Gründen riskant zu sein. Denn selbst für den Fall, dass die Regierungspartei PiS das internationale Prestige bzw. die Sicherheit Polens an einen bedingungslosen Schulterchluss mit den USA knüpfen

¹ Dieser Kommentar erschien im Juli 2007 im Heft 7/2007 (S. 20-22) der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ (vgl. dazu unter folgender URL: <http://www.europaeische-sicherheit.de>). Sie wird auf der Website des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln mit freundlicher Genehmigung des Chefredakteurs der „Europäischen Sicherheit“ veröffentlicht.

sollte, wird eine solche Sichtweise von der Mehrheit der polnischen Bevölkerung nicht (mehr länger) geteilt: Offenbar haben die Polen kein Interesse daran, die Rolle des „trojanischen Pferdes“ von Amerika zu spielen.

Kein „Irak bis...“

Einer am 23. Januar 2007 von der BBC veröffentlichten Umfrage zufolge, haben die USA in keinem anderen Land so sehr an Ansehen verloren, wie bei ihrem Verbündeten an der Weichsel. Noch vor gut einem Jahr hatten 62% der Polen ein positives Amerikabild; heute sind es lediglich 38%. Als Grund hierfür könnte man – salopp formuliert – das Syndrom einer „enttäuschten Liebe“ der Polen zu den Vereinigten Staaten anführen. Diese Enttäuschung resultiert einerseits daraus, dass Polen, anstatt die nach dem Irakkrieg zu erwartende Rolle eines erstklassigen Partners der einzigen Supermacht zu spielen, inzwischen in die dritte Liga der US-Verbündeten abgestiegen ist. Dies unterstrich etwa die fehlende Zeit des US-Präsidenten George W. Bush für ein Treffen mit dem polnischen Premierminister Jarosław Kaczyński während dessen Besuchs in Washington im Herbst vergangenen Jahres. Äußerst peinlich dürften der polnischen Bevölkerung die in den Medien mehrfach kommentierten äquilibristischen Manöver der polnischen Diplomatie erscheinen, nur damit Kaczyński von seiner US-Reise ein Foto mit Bush nach Hause bringen konnte. Eine „kalte Dusche“ für das polnische Volk war zudem das Nicht-zu-Stande-Kommen der angekündigten Großinvestitionen der US-amerikanischen Firmen in Polen, die sich – als Resultat der Kaufentscheidung der polnischen Regierung Ende 2002 für das US-Kampfflugzeug F-16 – nach offiziellen Angaben auf 6 Milliarden US-Dollar, inoffiziell gar auf doppelt so viel beziffern sollten. Die Amerika-Euphorie der Polen kühlte schließlich anlässlich einer im November 2006 an die polnischen Medien durchgesickerten Gesprächsnotiz merklich ab, laut welcher der amerikanische Vizebotschafter in Warschau indirekt einen Rücktritt des polnischen Vizeregierungschefs suggerierte, weil der stellvertretende Regierungschef eine Debatte über „zivile Opfer im Irak“ einforderte. Dies wurde in der polnischen Öffentlichkeit nicht nur als arrogantes Verhalten der US-Diplomatie, sondern vor allem als eine klare Einmischung der Amerikaner in die innenpolitischen Angelegenheiten Polens ausgelegt. So überrascht es kaum, dass nach dieser bitteren Lektion des politischen Realismus immer weniger Polen zum „Stützpunkt“ für das US-Raketenabwehrsystem werden wollen.

Wenn aber der „instinktive“ Proamerikanismus der Polen sichtbar zurückgeht, dann kann die polnische Bevölkerung – hinsichtlich des Aufbaus der Raketenabfangstation – weniger eine weitere Solidaritätsbekundung zu Gunsten der USA, sondern eher eine Erwartung von klaren Gewinnen aus der BMD-Installation überzeugen. Wenn man die Rhetorik der polnischen Regierungsvertreter aufmerksam verfolgt, dann ist anzunehmen, dass sie diese gesellschaftliche Nutzenerwartung offenbar verstanden haben. Ihre Antwort stützt sich bislang auf ein einziges Argument: „Sicherheitsgewinn“. Und auch mit diesem Argument wird die neu zusammengesetzte Verhandlungsdelegation Polens höchst wahrscheinlich nach Washington fliegen.

Nun fragt man sich aber, ob anhand dieser Argumentationslinie, dass nämlich Polen durch die Zustimmung zu den US-amerikanischen Raketenplänen an Sicherheit hinzu gewinnt, sich sowohl die eigene Gesellschaft (Ende März befürworteten die Raketenbasisinstallation 49% der Polen, 35% zeigten sich hingegen ablehnend) als auch die internationale Öffentlichkeit überzeugen lassen werden, dass Warschau diesmal ein konkretes sicherheitspolitisches Interesse verfolgt und kein Vasallentum gegenüber den USA zeigt.

„Ergänzung der Sicherheitsmechanismen“

Auf einer Konferenz der Batory-Stiftung im Sommer 2006 in Warschau äußerte sich der stellvertretende Außenminister Polens Witold Waszczykowski, dass aufgrund der wachsenden terroristischen Bedrohung, der „Nationalisierung“ europäischer Außen- und Sicherheitspolitik sowie des sichtbaren Abrückens vom Prinzip der transatlantischen Solidarität, der polnische Staat eine „Ergänzung“ der bisherigen Sicherheitsmechanismen benötigt. Dass das Land Polen das beste Beispiel für die „Nationalisierung“ der Außen- und Sicherheitspolitik darstellt und durch die Unterzeichnung des so genannten Briefes der Acht nicht unwesentlich zur Vertiefung des transatlantischen Grabens beigetragen hat, sei hier beiseite gelassen. Vielmehr soll danach gefragt werden, wie ein Sicherheitsgewinn Polens aus der Stationierung des US-Raketenabwehrsystems BMD auf polnischem Terrain begründet werden kann.

Auf den ersten Blick erscheint die Erwartung einer Sicherheitsgarantie für Polen durch die Zusammenarbeit mit den USA in puncto BMD realistischer zu sein, als dies bei der Irak-Entscheidung der Fall gewesen ist. Denn geht man weniger vom guten Willen der Amerikaner bzw. ihren „Bündnisverpflichtungen“, sondern vielmehr von ihrem Eigeninteresse am Schutz des strategisch relevanten Elements ihres nationalen Verteidigungssystems aus, so ist anzunehmen, dass ein ernsthaft bedrohtes bzw. angegriffenes Polen mit der sofortigen Hilfe der Amerikaner rechnen kann. Eine Garantie dafür wird Polen zwar nicht bekommen, wie im Übrigen auch keine Instrumente, um so die Einhaltung der Vereinbarungen seitens der Vereinigten Staaten zu erzwingen. Doch es steht aus gutem Grund zu erwarten, dass das polnische Territorium – sollte es in das Verteidigungssystem der USA mit einbezogen werden – durch die Amerikaner besser überwacht würde.

Dies könnte wiederum zu einer verbesserten Zusammenarbeit der Geheimdienste der beiden Staaten führen. Polen wird zwar nicht eine „überwältigende Zahl“ an Information über die regionale wie globale Sicherheitslage gewinnen, wie dies nach Medienangaben ein hoher Vertreter des polnischen Außenministeriums behauptet haben soll; doch im Interesse der USA dürfte die Unterstützung bei der Verbesserung der militärischen wie zivilen Fähigkeit Polens zur Erkennung bzw. Frühwarnung vor einer Bedrohung wohl durchaus liegen. Auch eine finanzielle Beteiligung der USA bei der Modernisierung der polnischen Armee könnte in Frage kommen – je nach Interessenperzeption der Amerikaner bzw. des Verhandlungsgeschicks der polnischen Diplomatie. Zu einer entscheidenden Verbesserung der polnischen Verteidigungsfähigkeit würde zweifellos eine Lieferung von Abfangraketen vom Typ Patriot bzw. THAAD an Polen beitragen. Da die

Abschussbasen des BMD auf das Abfangen von Interkontinentalraketen, nicht aber auf das von Kurz- und Mittelstreckenraketen ausgerichtet sind, bliebe Polen, das zurzeit über ein veraltetes Luftverteidigungswaffensystem verfügt, gegenüber einem Angriff mit den letztgenannten Waffensystemen schlichtweg ungeschützt. Obwohl Washington auf diese Aufrüstungsforderung Polens inzwischen mit Verständnis reagiert, stieß es anfänglich jedoch auf Ablehnung des Direktors der US-Raketenabwehrbehörde (MDA), Generalleutnant Henry Obering. Es gebe keinen Anlass zur Installierung eines zusätzlichen Waffensystems in Polen, da der Schild allein die Sicherheit des Staates vergrößern könne, lautet die offizielle Begründung. Inoffiziell geht man davon aus, dass die Amerikaner durch die Absage der Übergabe moderner Luftverteidigungswaffen an Polen eine etwaige Verärgerung Russlands vermeiden wollen.

Doch nicht die verbesserte Luftverteidigungsfähigkeiten Polens allein, sondern vor allem der Ausbau des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems liefert den Russen gute Gründe dafür, nicht mehr freiwillig abzurüsten, sondern eher noch weiter aufzurüsten. Die russische Seite zeigt sich besorgt darüber, dass Teile des US-Raketenabwehrsystems in Europa weniger gegen den Nahen Osten als vielmehr gegen Russland gerichtet werden und betrachtet die Pläne des Systemaufbaues in Europa als „einen Fehler mit negativen Konsequenzen für die internationale Sicherheit“, so ein russischer Vertreter des Außenministeriums, Michail Kamynin, im Januar 2007. In den letzten Monaten verstärken sich zudem russische Drohungen gegenüber Polen. Bereits im Herbst 2006 meinte der russische Generalstabschef Juri Balujewski, dass sich die Polen genau überlegen müssten, was alles auf ihre Köpfe – im Falle eines Nuklearkonfliktes – niederprasseln könnte, wenn sie am Raketenschirm mitwirken sollten. Ähnlich äußerte sich im Februar 2007 ein kremlnaher Politologe, Wiaczeslaw Nikonow, in einem Interview mit der polnischen Tageszeitung *Rzeczpospolita*: Sollte die Basis auf polnischem Territorium errichtet werden, dann wird Polen „zum Ziel für die russischen Nuklearsprengköpfe“ werden.

Des Weiteren allarmierten nicht nur die polnische Gesellschaft die Abwägungen Russlands, sowohl aus dem Vertrag über Mittelstreckenwaffen (dem sog. „Intermediate-Range Nuclear Forces“-Abkommen von 1987) (Nachricht vom 15. Februar 2007) als auch aus dem Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag von 1990) (Nachricht vom 26. April 2007) auszusteigen.

Zugleich schreitet die Militarisierung von Weißrussland unaufhörlich voran: Bereits im Jahr 2004 wurden aus Russland im Rahmen einer „kostenlosen Militärhilfe“ Luftabwehrraketenkomplexe vom Typ S-300 an Weißrussland geliefert und im Frühjahr 2006 in Grenznähe zu Polen in Stellung gebracht.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Erwerb eines modernen Luftverteidigungssystems für Polen von zentraler Bedeutung zu sein. Angesichts des neuen Rüstungswettlaufs sowie der Unberechenbarkeit der östlichen Nachbarn Polens muss daher danach gefragt werden, wie Polen vor diesen realen Bedrohungen besser geschützt werden könnte: etwa durch die Stationierung einer US-Raketenabfangbasis, dafür aber mit einem zur Verfügung stehenden modernen Luftabwehrsystem

gegen Mittel- und Kurzstreckenraketen – oder vielleicht durch den Verzicht auf die Mitwirkung an den US-Raketenplänen und mit veralteten, noch aus alten Sowjetzeiten stammenden Luftverteidigungswaffen?

Die Errichtung eines BMD-Abwehrschildes auf polnischem Terrain macht Polen allerdings nicht nur zur Zielscheibe seiner östlichen Nachbarn, sondern auch – im Falle eines Konfliktes mit Beteiligung der USA – zum Objekt von Zerstörungsversuchen aufgrund der in Polen stationierten strategischen US-Raketenabwehrwaffe. Nicht zuletzt, dies gilt es in Betracht zu ziehen, könnte Polen wegen der Errichtung der US-Raketenabwehrbasis zum Ziel von terroristischen Anschlägen werden. Da Warschau bereits wegen seiner Beteiligung am Irakkrieg 2003 die Aufmerksamkeit der islamistischen Extremisten nach sich gezogen hat, kann eine weitere Bestätigung der engen politischen Bindungen des mitteleuropäischen Landes zu Washington das Angriffsrisiko noch zusätzlich erhöhen. Hier ist die Antwort auf die Frage nach mehr Sicherheit ebenfalls nicht gerade einfach zu beantworten; denn was stellt eine bessere Investition in die Sicherheit des polnischen Staates dar: die Ablehnung des US-amerikanischen Abwehrschildes, und hierdurch möglicherweise eine Minimierung des Risikos eines terroristischen Bombenanschlags, oder aber die Beteiligung an dem US-Raketenabwehrsystem, das in absehbarer Zeit einen sicheren Schutz vor Raketenangriffen aus den „Schurkenstaaten“ Iran oder Syrien gewährleisten soll?

Von sicherheitspolitischer Relevanz ist schließlich die Frage, ob sich die bilateralen Vereinbarungen über die Stationierung des BMD-Abwehrschildes zwischen den USA und den europäischen Staaten, u. a. auch Polen, konstruktiv oder destruktiv auf den Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit anderer Sicherheitsmechanismen Polens, der NATO sowie der EU auswirken werden? So sei hier darauf verwiesen, dass die Stabilisierung der von Polen östlich gelegenen Länder – vor allem Weißrussland und die Ukraine – zu den wichtigsten sicherheitspolitischen Prioritäten Warschaus zählen, die aber ohne ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten nicht zu bewerkstelligen wäre. Damit stößt man aber unweigerlich auf dieselbe Problematik: Wird entweder eine erfolgreiche EU-Nachbarschaftspolitik oder aber der Schutz vor einem möglichen Raketenangriff aus Russland bzw. dem Nahen Osten dem polnischen Staat mehr Sicherheit bringen?

Aufgrund fehlender Entwicklungsprognosen, nicht nur in Bezug auf das BMD-Projekt, sondern auch mit Blick auf die internationale Sicherheitslage, erscheint eine eindeutige Kosten-Nutzen-Kalkulation hinsichtlich der Verbesserung der polnischen Sicherheit unrealistisch zu sein. Da der reale Sicherheitsgewinn für Polen durch die Errichtung der US-Raketenbasis nicht eindeutig ist, wird die bisherige „Überzeugungsstrategie“ der polnischen Regierung möglicherweise um weitere Argumente ergänzt werden müssen. So kann die Problematik der Raketenbasis im Lichte anderer Aspekte thematisiert werden, wie etwa der Zugang zu amerikanischem Know-how, Wissenstransfer, Stipendien für polnische Studenten und Wissenschaftler, der Zugang zu Verträgen für polnische Firmen beim Bau der US-Installation wie auch zu Profiten für das nordöstliche Polen aufgrund der Beteiligung der Amerikaner am Ausbau der lokalen Infrastruktur. Alle diese Aspekte können im

Ganzen gesehen den Eindruck einer gelungenen Investition bei der polnischen wie auch internationalen Öffentlichkeit hervorrufen.

Damit die Polen nicht zum zweiten Mal mit der Bezeichnung „trojanische Pferde der USA“ belegt und dadurch auf Dauer stigmatisiert werden, muss die polnische Regierung – trotz einer geschwächten Verhandlungsposition nach dem Rücktritt des Verteidigungsministers Sikorski – in der Lage sein, die eigene Bevölkerung, und dadurch indirekt auch die internationale Öffentlichkeit, davon zu überzeugen, dass es in den anstehenden amerikanisch-polnischen Verhandlungen um ein Austarieren zum gegenseitigen Nutzen und nicht um eine politische Loyalitätsbekundung geht. Ob dies jedoch der neuen Verhandlungsdelegation gelingen wird, werden die nächsten Monate zeigen.